



Was ich noch zu sagen hätte ...
Wilde Reden an die Berliner



Inhalt

Seite 2

Editorial

Seite 3

Rede: 200.000 neue Wohnungen für Berlin

Seite 4

Frage zum Verhalten des Pressesprechers des Flüchtlingsamts

Seite 5

Rede: Schule und Kita statt MUFs

Seite 6

Rede: Generalausprache zum Haushalt 2020/21

Seite 7

Rede: Der Rechtsstaat braucht eine starke Polizei

Rede: Kinder sind die Zukunft, nicht CO2-Emittenten

Seite 8

Rede: Mehr Obdachlose durch Berliner Drogenpolitik

Seite 9

Rede: Die Antifa greift mit Terror nach der Macht

Seite 10

Rede: Wir brauchen keine Integrationslots*innen

Rede: Aussteigerprogramm für Linksextremisten

Seite 11

Zurückweisung linker Verleumdungen im Parlament

Seite 12:

Rede: Müllers Grundeinkommen ist unsolidarisch

Rede: Es geht Ihnen um den Verkehrsinfarkt

Seite 13

Rede: Corona – wie lange noch?

Seite 14

Rede: Corona – Geht es nur um Schlagzeilen?

Seite 15

Rede: Mehr Geld bei Kurzarbeit

Seite 16

Kontrollstaat durch Corona

Impressum

Verehrter Leser,

unsere Parlamente sind nicht immer im Fokus des Bürgers, insbesondere nicht die Landesparlamente. Die meisten Gesetze, bei denen es den Bürgern ans Eingemachte geht, werden im Bund gemacht. Das Landesparlament fristet daher mit einer gewissen Berechtigung im Schatten des Parlaments im Reichstagsgebäude sein Dasein in der nach der Deutschland nicht wohlgesinnten Kommunistin Käthe Niederkirchner benannten Straße.

Trotz aller abgekarteten Spiele der Regierungskoalition im Abgeordnetenhaus erlebt man manchmal eine Überraschung, wenn zum Beispiel eine Linke Jurapraktikantin nicht ins Landesverfassungsgericht gewählt wird.

Und ganz ungehört verhalten die Rufe der Opposition nicht, sei es Burkhard Dregger (CDU), Marcel Luthe (FDP) oder Frank-Christian Hansel, Frank Scholtysek oder Carsten Woldeit (AfD). Selbst der fraktionsfreie Andreas Wild kommt zu Wort, da er nach § 64



Seine Reden sind auf YouTube und der Webseite [staatsreparatur.de](https://www.staatsreparatur.de) zu finden

Abs. 2 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses bis zu 3 Minuten pro Tagesordnungspunkt und 10 Minuten insgesamt das Wort ergreifen darf.

Für die AfD hat das den Vorteil, gegenüber den Restfraktionen eine höhere Gesamtrededzeit zu erreichen. Einzelne Fraktionsmitglieder wissen das auch zu schätzen.

Erinnern wir uns: Wir wollten in die Parlamente und etwas zu verändern, nicht um uns die Taschen vollzustopfen und unseren persönlichen Wiedereinzug ins Parlament zu sichern. Wie war das nochmal?

Mut zur Wahrheit.

Herr Andreas Wild



50. PLENUM, 28.11.2019
Rede zum Linken-Antrag
„Ein Mietendeckel für Berlin“

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

„Den Sozialismus in seinem Lauf hält weder Ochs‘ noch Esel auf.“ sagte einst Erich Honecker. Wie verhält es sich mit dem Mietendeckel des rot-mauerrot-grünen Senats?

Wir müssen feststellen: Erstens, die Koalition hat durch Vorschriften zu Wärmedämmung, Solardächern und Barrierefreiheit das Bauen so teuer wie noch nie zuvor gemacht, zweitens keinen nennenswerten Neubau auf den Weg gebracht und drittens alles Menschenmögliche dafür getan, daß Zuwanderer mit juristisch fragwürdiger Bleibeperspektive kontinuierlich in reguläre Wohnungen übersiedeln. Nachdem Sie also alle Voraussetzungen für steigende Mieten geschaffen haben, wollen Sie diese plötzlich per Dekret wieder senken. Glauben Sie ernsthaft, daß das funktioniert? Mittlerweile befristen manche Vermieter ihre Mietverträge auf weniger als zwei Jahre, um der Mietpreisbremse zu entgehen. Was bringt also Ihre Mietpreisbremse? – Gar nichts!

Die Entwicklung der Immobilienpreise ist schon angesichts der unsere Volkswirtschaft sklerotisierenden Zinspolitik kein Wunder. Um der schleichenden Enteignung und dem zombiefizierten Aktienmarkt zu entgehen, legen viele Wohlhabende ihr Vermögen in Betongold an. So wird der Immobilienmarkt weiter aufgeheizt und die Verzweiflung am Wohnungsmarkt nimmt von Stunde zu Stunde zu.

Frau Lompscher! Haben Sie es schon bemerkt? – Es mangelt an Wohnraum. Dieser vermehrt sich nicht durch eine Mietpreisbremse.



Auf den Osdorfer Äckern südlich von Lichterfelde könnten bis zu 50.000 Wohnungen gebaut werden – die Mietpreise würden in ganz Berlin fallen

– Sie müssen jetzt am Telefon spielen. Das ist wichtiger! –

Katina Schubert (LINKE): Bei dem Redebeitrag: ja!

Im Gegenteil: Sie bringt Investitionen ins Stocken und Wohnungen drohen unbewohnbar zu werden, so wie am Ende der DDR. – Sie können sich ja daran erinnern. – Es muß gebaut werden! Ich erkläre Ihnen gern, wie das in großem Maßstab bewerkstelligt werden könnte. Der Bau von 200.000 neuen Wohnungen in Berlin wird durch die Ausgabe einer Imbu-Anleihe, einer Immobilienbundesanleihe, finanziert. Diese Anleihe wird entweder

Die Voraussetzungen für steigende Mieten haben Sie selbst geschaffen!

vom Bund mit einem Volumen von 200 Milliarden Euro oder direkt vom Land Berlin mit einem entsprechend geringeren Volumen ausgeben. Investoren werden sich um diese Anleihe reißen.

Während ein wirtschaftlich orientierter Bauinvestor einen Mietzins verlangen würde, der die Kosten der ausgegebenen Anleihe um ein Viel-

faches deckt, kann sich das Land Berlin bei den neu gebauten Wohnungen mit weit weniger begnügen. Das hätte niedrigere Mieten zur Folge. Durch das erhöhte Wohnungsangebot bremsen sich schließlich die Mieten der übrigen Wohnungen von selbst.

Herr Finanzsenator Kollatz! Frau Bausenatorin Lompscher! So geht bauen, wenn man denn will.

Danke!



Katina Schubert (LINKE) blökt lieber im Plenum als sich dem sachlichen Diskurs zu stellen

50. PLENUM, 28.11.2019

Frage an den Senat zum Verhalten des Pressesprechers des Landesamts für Flüchtlingsangelegenheiten

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Auf einer Informationsveranstaltung gestern im Bürgersaal Zehlendorf ließ der Pressesprecher des Landesamts für Flüchtlingsangelegenheiten Sascha Langenbach meine Wortmeldung von der informellen Rednerliste streichen und wies seine Mitarbeiterin mit dem Mikrofon an, mich nicht zu Wort kommen zu lassen. Schließlich drängte er mich physisch vom Mikrofon weg. Umstehende bezeichneten seinen Auftritt als typisch für Schlägertypen. Deckt der Senat dieses Vorgehen des Pressesprechers des Landesamts für Flüchtlingsangelegenheiten?

Staatssekretär Daniel Tietze (Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Was hat gestern stattgefunden? – Gestern hat eine Bürgerveranstaltung stattgefunden, organisiert vom Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf. Bei dieser Veranstaltung haben, glaube ich, 300 bis 400 Bürgerinnen und Bürger in einer emotional sehr erhitzten Debatte die Pläne des Senats zum Bau einer Flüchtlingsunterkunft auf einer Grünanlage diskutiert, erörtert. [...]

An dieser Stelle hat am Ende der Debatte Herr Langenbach zumindest die Veranstalterin darauf hingewiesen, daß es sich bei Herrn Wild um jemanden handelt, der mit polarisierenden, rassistischen, xenophoben Äußerungen aufgefallen ist, und hat daher dem Bezirksamt den Rat gegeben, das bei der Weitergabe des Mikrofons zu berücksichtigen.

Ich habe im Nachhinein mit der Bürgermeisterin kurz den Vorfall



Die bunte Ideologie muß notfalls auch mit Gewalt durchgesetzt werden

ausgewertet. Ich selbst saß auf dem Podium und konnte daher aus dem direkten Gemenge und der Lage nicht viel vernehmen. Ich glaube aber, daß ein Hinweis an den Veranstalter gerechtfertigt war. Inwieweit es weitere Tumulte oder anderes gegeben hat, mag ich aus der Ferne nicht erörtern. [...]

Ich glaube, daß es dem Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten an dieser Stelle geziemt, auf eventuell polarisierende Äußerungen, gerade am Ende einer Veranstaltung, hinzuweisen oder, wie es bei anderen Veranstaltungen teilweise geschieht, darauf hinzuwirken, daß solche sensiblen Veranstaltungen nicht von Rassismus und Xenophobie geprägt werden. Ich glaube, das ist für uns eine zentrale Herausforderung.

Andreas Wild:

Herr Staatssekretär Tietze! Ich bin Ihnen sehr dankbar, daß Sie meine Schilderung bestätigt haben. Wie paßt das zu dem kürzlich geäußerten Satz der Bundeskanzlerin, es gebe keine Meinungsfreiheit zum Nulltarif?

Staatssekretär Daniel Tietze:

Ich mag an der Stelle Äußerungen einer Bundeskanzlerin nicht bewerten. [...] Es war eine offene Veranstal-

tung, mit drei offenen Mikrofonen, moderiert von einem unabhängigen, freiberuflichen Moderator [...] eine Veranstaltung ist um 21 Uhr auch mal beendet [...]

Christian Buchholz (AfD):

Ich habe eine Nachfrage zu dem Thema. Ich habe auch schon mehrere Eröffnungen von MUFs besucht. Dabei habe ich auch Staatssekretär Tietze getroffen, der sich immer betont höflich und korrekt verhalten hat. Da kann man nichts anderes sagen – ein

*Übergriffiges Verhalten?
„An vielen Stellen hat er
bewiesen, daß er das entsprechende
Handling hat.“*

ausdrückliches Lob! Aber der Kollege Langenbach ist auch mir im November 2017 durch übergriffiges Verhalten

sehr negativ aufgefallen. Fällt es dem Senat nicht auf, daß es immer wieder bei einem Mitarbeiter zusammenkommt, daß er sich nicht richtig benehmen kann – namentlich Herr Langenbach?

Staatssekretär Daniel Tietze:

[...] Ich halte Herrn Langenbach für einen sehr professionellen Pressesprecher des Landesamtes für Flüchtlingsangelegenheiten. [...] An vielen Stellen hat er bewiesen, daß er das entsprechende Handling hat. [...] [Er] erfüllt seine Aufgaben sehr akkurat und zuverlässig. Alles andere möchte ich an dieser Stelle zurückweisen.



Plenarrede: Schule und Kita statt MUFs

50. PLENUM, 28. NOVEMBER 2019
Rede zum AfD-Antrag „Schule und Kita statt MUFs – Standort Osteweg, Ratiborstraße, Rheinpfalzallee u. a. für Kita- und Schulinfrastruktur nutzen!“

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ohne Mikro ist wirklich lustig; da sind die Anti-Demokraten mal wieder dabei.

Wenn die sogenannten MUFs gebaut werden sollen, sprechen verschiedene Gründe dagegen und manche auf den ersten Blick dafür. Was spricht dafür? – Menschen, denen es schlechter geht als dem Durchschnittsbürger in Deutschland, begehren Einlaß in unser Land, in unsere Stadt, in unsere Nachbarschaft.

Was spricht dagegen? – Es gibt denkmalrechtliche Bedenken wie im Osteweg, wo die ehemalige McNair-Chapel von Migrantenkästen umbaut werden soll. Es gibt naturschützende Argumente, wenn

– wie im Dahlemer Weg – ein Waldchen abgeholzt werden soll, um Migranten zu beherbergen. Und es gibt wie im Osteweg auch planungsmäßig konkurrierende Schul- und Kitastandorte. – Frau Schubert! Wenn Sie nicht verstehen, daß die Grundstücke an Wert verlieren, dann gehen Sie einfach mal zu Ihrer Bank; die erklärt Ihnen das!

Jedes Jahr drei neue MUFs in jedem Bezirk?

Aber die wichtigste Frage ist noch nicht gestellt: Das ist die Frage der Nachhaltigkeit. Nach Deutschland sollen nach Horst Seehofers Planungen jährlich 200.000 Migranten kommen. Die werden nach dem Königsteiner Schlüssel verteilt, das bedeutet 5 % für Berlin. 5 % von 200.000 sind 10.000, das heißt pro Bezirk und Jahr ungefähr 1.000 Migranten über die Asylschiene jährlich.

Die sogenannten „MUFs“ im Osteweg und Dahlemer Weg fassen

zwischen 300 und 400 Migranten. Wenn sich mein Bezirk mit der offensichtlich bemühten Bezirksbürgermeisterin Cerstin Richter-Kotowski seit 2017 schwer tut, diese Standorte zu befürworten, kann man ihr das glauben. Aber bei diesen beiden sogenannten MUFs geht es doch nur um zwei Drittel der Migrantenmenge, die in der Zukunft nach der Planung der Bundesregierung der Bezirk jedes Jahr aufnehmen muß!

Das ist die Best-Case-Variante ohne erneute Krise. Das kann doch nur heißen, daß wir ab heute jedes Jahr in jedem Bezirk drei solcher Standorte genehmigen müssen. Die Krisen im Islambogen und in Afrika werden nicht ausgehen. Wollen Sie mal nachrechnen, wie lange es dauert, bis in Berlin alle Parkflächen mit MUFs vollgebaut sind? Was wird dann sein?

Da nutzt Ihnen auch ein Gesamtkonzept nichts, liebe Frau Seibeld hinter mir!

Vielen Dank, tschüss!



Standort Osteweg in Lichtenfelde: Schule und Sport oder lieber Migrantenunterkunft?

51. PLENUM, 12. DEZEMBER 2019

Der fraktionslose Abgeordnete Wild hat zur Generalaussprache einen Redebeitrag angemeldet. Die Redezeit beträgt hier bis zu drei Minuten. – Sie haben das Wort, Herr Abgeordneter!

Danny Freymark (CDU): Der kann aber auch noch zurückziehen!

Andreas Wild:

Die Leute bei der CDU, die Leichen im Keller haben, sollten sich mal zurückhalten.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Die Arbeit in der Opposition in Berlin ist wunderbar. Wenn man das Selbstverständliche fordert, kann man sich sicher sein, daß Rot-Mauerrot-Grün dagegen ist. Ob bei von linksradikalen besetzten Kreuzungen, judenfeindlichen al-Quds-Aufmärschen, in Pollerauen verwandelten Parkplätzen oder Bussen mit Taschenlampenbatterien – immer ist die Regierung der Hauptstadt auf der Seite der offensichtlich falschen Lösung.

Wie sollte es beim Haushalt anders sein? Bildung, Verkehr, Wohnen – ding-dang-dong! Herr Bürgermeister, sagt Ihnen das etwas? Klingelt es da? Man könnte doch meinen, mit 24 Milliarden Euro Einnahmen könnte man dafür sorgen, daß die Toiletten in den Berliner Schulen funktionieren. Wie man in der Zeitung liest, gab es in einer Pankower Schule kürzlich nicht Hitzefrei, sondern Stinkefrei. Die Toiletten und Klassenräume waren nicht gereinigt worden. Man könnte erwarten, daß der Verkehr rollt. Warum bauen Sie keine U-Bahnen? Warum bauen Sie das S-Bahnnetz nicht aus? Wie kann man für eine Alternative zum Auto sein und keine U-Bahnen bauen? Die SPD wollte ja die U-Bahn weiter

bauen. Die ewig Gestrigen der Kommunisten und Grünisten stampften aber beim Koalitionsvertrag so lange auf, bis alle Vernunft daraus gewichen war. – Herr Schneider! Herr Saleh! Wie lange wollen Sie sich von Ihren lebensuntüchtigen Koalitionspartnern auf der Nase herumtanzen lassen?

Sie kümmern sich stattdessen um Elektrotretroller, die überall herumstehen und -liegen, um eingepolterte Fahrradstreifen und um Busse

Sie stehen immer auf der Seite der offensichtlich falschen Lösung

mit Elektroantrieb, denen mittags die Puste ausgeht. Sie wollen Straßenbahnen bauen. Sind Sie schon einmal in London oder Paris mit der Straßenbahn gefahren? Straßenbahnen sind das Verkehrsmittel des 19. Jahrhunderts. Fördern Sie auch das Sänftentragen? Das schafft Arbeitsplätze, und dafür braucht man auch keine Deutschkenntnisse, zumindest derjenige nicht, der hinten trägt.

Lachen von Franz Kerker (AfD)

Man könnte erwarten, daß der Wohnungsmarkt unterstützt wird. Warum entwickeln Sie nicht den

Speckgürtel? Können wir das den Brandenburgern nicht zumuten? Den Wohnungssuchenden ist es doch ziemlich egal, ob sie in Lichterfelde-Süd eine Wohnung kriegen oder 500 Meter weiter in Osdorf. In Osdorf gibt es in der Nähe des S-Bahnhofs Lichterfelde-Süd aber gerade mal einen alten Bauernhof und sonst nur Kraut und Rüben. Schon allein auf diesen Äckern könnten 50.000 Berliner ein neues Zuhause finden.

Wenn Sie nichts tun, um den Wohnungsmarkt durch Wohnungsbau zu entlasten, kann man nach Betrachtung Ihrer inzwischen dreijährigen Regierungszeit nur zu dem Ergebnis kommen, daß Sie die Not am Wohnungsmarkt gar nicht beheben wollen. Brauchen Sie die Not der Berliner für ihre Enteignungsphantasien? Sie wollen nur Ihre eigene Klientel fördern. Sie haben die Interessen der Allgemeinheit aus den Augen verloren, und Sie wollen sich durch Enteignen bereichern. Kurz: Sie machen aus einer Demokratie eine Kleptokratie. Eine Schande ist das!

Beifall von Franz Kerker (AfD)

Torsten Schneider (SPD): Ich hätte nicht gedacht, daß ich mal die Piraten vermisste!



Würde zur Finanzpolitik der Berliner Stadtregierung passen: Die Förderung des Sänftetragens



Plenarrede – Der Rechtsstaat braucht eine starke Polizei

52. PLENUM, 16. JANUAR 2020

Rede zum FDP-Antrag „Wer schützt diejenigen, die uns schützen? – immer mehr Angriffe auf Polizei und Feuerwehr“

Sehr geehrte Damen und Herren!
Sehr geehrter Herr Präsident!

Zur Durchsetzung linker Ideologie ist die Linke bereit, alles zu opfern, was im Wege steht. Was steht der Linken im Wege? – Die Familie: Die Familie muß zerstört werden, deshalb sind Linke für die Freigabe von Drogen, für Massenabtreibungen und für die Ehe für alle. – Das Privateigentum: Das Eigentum muß zerstört werden, darum wollen Linke Wohnungen und Firmen enteignen und Steuern erhöhen. – Die Tradition: Die Tradition muß zerstört werden, darum wollen Linke keinen Glauben, keine Volkslieder und einen zügigen Bevölkerungsaustausch. Da die Polizei den Rahmen dieses Ganzen, den Rechtsstaat, schützt, wird die Polizei von den Linken so lange angegriffen, solange sie keine Miliz geworden ist.

Sozialismus hatten wir in Deutschland schon genug. Unsere Traditio-

nen müssen gestärkt werden. Traditionen geben Halt und schaffen Identität und Lebenssinn. Unser Eigentum muß geschützt werden. Alle steuerfinanzierten Leistungen und Geschenke waren einmal Eigentum eines arbeitenden Steuerzahlers. Unsere Familien müssen geschützt wer-

Privateigentum, Familie und Tradition

den. Wir brauchen Frauen, die uns nicht in erster Linie ihre Arbeitskraft schenken, sondern Kinder.

[Lachen bei der FDP – Zuruf von Ines Schmidt (LINKE)]

Für den Schutz des Rechtsstaats brauchen wir eine gut ausgerüstete, dem Volk loyale Polizei. Polizisten müssen wissen, daß das Volk, die Justiz und die Regierung hinter ihnen stehen, nicht hinter Terroristen und Verbrechern. Linke Ideologie will das Heil bringen. Linke Ideologie braucht den guten Menschen, den makellosen Menschen. Daß es den in Wirklichkeit nicht gibt, verzeiht die Linke nicht. Sie nutzt Terror, um ihre Ziele dennoch durchzusetzen. Linke

Ideologie ist terroristische Ideologie. Das beweisen Stalin und seine Sozialisten, Hitler und seine Nationalsozialisten und Honecker und seine DDR-Sozialisten. Es wäre weise, jene Werte zu fördern, die diese Diktaturen verabscheuten: Privateigentum, Familie und Tradition. Die ersten beiden schützt die Polizei. Darum sollten wir unseren loyalen Polizisten den Rücken freihalten. – Gott schütze unsere Polizei!

[Dr. Wolfgang Albers (LINKE): Und jetzt wieder zum Arzt! – Ines Schmidt (LINKE): Mutti, wo sind die Pillen?]



Starke Abwehrreaktionen gegen den gesunden Menschenverstand bei Dr. med. Albers (LINKE)

Plenarrede – Kinder sind die Zukunft, nicht CO2-Emittenten

52. PLENUM, 16. JANUAR 2020

Rede zum FDP-Antrag „Zielorientiertes Klimamonitoring einrichten, um die Berliner Klimaziele zuverlässig zu erreichen“

Sehr geehrte Frau Präsidentin!
Sehr geehrte Damen und Herren!
Sehr geehrter Herr Kössler!

Wir sind uns nicht alle einig. Die FDP hat einen Antrag gestellt, der dabei helfen soll, die Berliner Klimaziele zuverlässig zu erreichen. Ich stelle nicht in Frage, daß dieser Antrag das tatsächlich leisten könn-

te, schließlich mangelt es ihm nicht an der vorbildlichen Einbindung der aktuell beliebtesten Reizwörter wie dem Drei-in-eins-Allzweckheilmittel „zentral, öffentlich, digital“ und „Zivilgesellschaft“ oder „Kreativität“.

Czaja setzt sich für den falschen Staat ein

Leider beruht der Antrag der FDP auf einer falschen Prämisse. Ich zweifle daran, daß die Berliner Klimaziele den Prioritäten einer fachgerechten Politik zum Schutz unserer Biosphä-

re entsprechen.

Zu keiner Zeit hat sich diese Biosphäre so rapide gewandelt wie während der Industrialisierung. Diese Veränderungen lassen das Klima nicht unangetastet. Dennoch, wer nicht für den Klimaablaß ist, der muß weder in der Hölle noch auf Erden verbrennen. Wir brauchen uns nicht vor einer menschengemachten Klimaapokalypse, wie sie der breiten Öffentlichkeit von Greta, Fridays for Future und vielen regierungsfinanzierten Nicht-Regierungsorganisationen suggeriert wird, zu fürchten.

Unsere Spezies ist weder in Reykjavik durch Kälte noch in Athen durch Hitze ausgestorben. Was dem globalen Kohlenstoffkreislauf tatsächlich gut täte, wäre die Förderung synthetischer Kraftstoffe auch in Berlin. Aber stattdessen wollen die Grünen den Berlinern das Leben durch CO₂-Gebühren schwermachen. Der eine oder andere Misanthrop schreckt nicht einmal davor zurück, die Kinder in den CO₂-Handel einzubeziehen. Kinder seien Netto-CO₂-Emitenten, ergo klimaschädlich und zu vermeiden, gegebenenfalls vor Geburt abzutreiben. Weniger Kinder, weniger CO₂, weniger Klimawandel. Im Berliner Energiewendegesetz

hat sich Berlin verpflichtet, seine CO₂-Emissionen bis 2050 um 85 Prozent zu verringern. Ich sage Ihnen, wie dieses Ziel erreicht werden könnte. Bis 2050 müßte Deutschland deindustrialisiert werden. Damit das ausgestoßene CO₂ wieder gebunden werden kann, müssen drei Viertel Berlins bewaldet werden. Aber selbst die Abschaltung der Grundenergie-lieferanten verringert den weltweiten CO₂-Saldo nicht, denn die noch verwendbaren Teile unserer Kraftwerke hierzulande wiegen nicht einmal die Hälfte der neuen chinesischen auf.

Die Berliner brauchen nicht ständig mit den Minimalauswirkungen ihrer Emissionen berieselt zu wer-

den. Nicht der Klimawandel bedroht Berlin, sondern der demographische Wandel. Kinder sind keine CO₂-Emitenten, sondern sie sind die Zukunft. Herr Czaja, der Antrag Ihrer Fraktion macht den Staat effizienter, aber es ist der falsche Staat, für den Sie sich einsetzen. Deshalb stimme ich gegen den Antrag der FDP. – Danke!



Kohlekraftwerke: In Deutschland abgebaut, in China aufgebaut

Plenarrede – Mehr Obdachlose durch Berliner Drogenpolitik

52. PLENUM, 16. JANUAR 2020

Rede zum R2G-Antrag „Keine Unterscheidung nach Herkunft, Staatsangehörigkeit oder Aufenthaltsstatus bei den niedrigschwelligen Beratungs- und Hilfsangeboten der Wohnungslosenhilfe“

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir machen keine Unterscheidung zwischen Männern und Frauen, zwischen Christen und Moslems, zwischen Schwarzen und Weißen und zwischen Inländern und Ausländern. Nur wer beide Augen zu hat, liegt im Zeitgeist. Was führt so viele ausländische Obdachlose in unsere Stadt? Das ist ja schon komisch. Wozu migriert man, wenn man kei-



Durchgreifen hilft mehr als die x-te Beratungsstelle gegen Drogen

ne Wohnung mehr hat, ins Ausland, dessen Sprache man nicht mächtig ist? Warum fügt man einem Problem ein weiteres hinzu? Na? – Ich will es Ihnen verraten. Das ist Berlins liberale Drogenpolitik. Hier kannst du überall die Drogen in ausreichender Menge kaufen, die man in Warschau nicht bekommt, oder nur unter Pull-Faktor Drogenparadies dem Risiko, im Warschauer Gefängnis zu landen.

Gegen Hilfs- und Beratungsangebote ist nichts einzuwenden. Allerdings sollten verantwortungsvolle Politiker immer die Interessen des Souveräns mitdenken. Und fragt man den Berliner, welches Interesse er hat, ausländische Multiproblempersonen in der Stadt zu haben, werden die meisten keinen Grund finden. Hilfe könnte also ein Flug nach Warschau, nach Minsk oder nach Kiew sein, in Begleitung durch die Bundespolizei bis zum Zielort. Das ist preiswert und geht schnell. Den Pull-Faktor Drogenparadies Berlin kann man damit natürlich nicht abschalten, aber eine Entlastung der Berliner und der hier legal aufhältlichen Ausländer ließe

sich schon erreichen.

Das Drogenparadies Berlin kann man nur durch Abschaffung der Eigenbedarfsgrenze, anlaßlose Personenkontrollen in den bekannten Stadtquartieren und Festnahme, Verurteilung und spätere Abschiebung von ausländischen Drogendealern auflösen. Dazu braucht man

das Bundesrecht nicht zu ändern.

Der Berliner muß einfach vernünftige Leute ins Parlament wählen, die man in der SPD nur vereinzelt und bei den Linken und Grünen gar nicht findet. Beratungsstellen für die Beratung von Personen, die sich hier nicht aufhalten dürfen oder psychiatrischer Hilfe bedürfen, können wir als Fremde den Betroffenen nicht in angemessener Weise zukommen lassen. Bei den Mehrheitsverhältnissen im Integrationsausschuß verwundert es nicht, daß die Beschlußempfehlung verantwortungslos und nicht zielführend ist. Ich rufe alle SPD-Kollegen auf, diesem Antrag zu widersprechen und mit Nein zu stimmen. – Danke schön!



53. PLENUM, 30. JANUAR 2020
Rede vom 30. Januar 2020 zum
AfD-Antrag „Demokratienotstand
in Berlin beenden – kriminelle Ma-
chenschaften von Linksextremisten
und der sogenannten Antifa sofort
stoppen“

Frau Präsidentin! Sehr geehrte
Damen und Herren!

Wenn der Faschismus wiederkehrt,
wird er nicht sagen: „Ich bin der
Faschismus“. Nein, er wird sagen:
„Ich bin der Antifaschismus.“ Die-
ses konnte der in Italien geborene
Sozialist Ignazio Silone bereits vor
über 30 Jahren vorhersehen. Er ge-
hörte vor und nach dem 2. Weltkrieg
zur Spitze sozialistischer Zeitungen
und Verbände in Italien, sein Wort
hat also Gewicht.

Tatsächlich gibt es zwischen den
irregulären Truppen der Nazizeit
und der Antifa erschreckende Ge-
meinsamkeiten.

[Zuruf von der AfD: So ist es!]

Die Schlägertruppen von heute ver-
mummen sich auf den Straßen und
verstecken sich im Internet, terro-
risieren Unschuldige mit Kameras,
Drohbriefen und Schlägen. Am lieb-
sten nennen sie sich Engagierte oder
Aktivisten. Wie damals bestimmen
sie, ob und für wen sich das Land
im Ausnahmezustand befinden soll.
„Souverän ist, wer über den Aus-
nahmezustand entscheidet“, wußte

der fast 100 Jahre alt gewordene
Staatsrechtler und Naziinsider Carl
Schmitt, heute bedient sich die An-
tifa dieser Erkenntnis.

Als der Ex-SPD-Funktionär Ralf
Stegner 2016 äußerte, man müs-
se – ich zitiere mit Erlaubnis der
Präsidentin: „Positionen und Per-
sonal der Rechtspopulisten attrak-
tieren“, hat er die Machtergreifung
der Antifa im Sinne Carl Schmitts
schon rhetorisch vorbereitet. – Herr
Saleh, da muß man Ihre Partei lo-
ben, daß der Stegner nicht mehr in
Ihrer ersten Reihe steht, weiter so!
Bei den Linken läuft es umgekehrt:
Die intelligenten Sozialisten werden
in die zweite Reihe abgeschoben, ei-
nige sind schon davongelaufen und
kämpfen mittlerweile in oder an der
Seite der AfD für die Sache des Ar-
beiters, weil sie erkannt haben, daß
der Antifaschismus und die Solidari-
tät dieser Linken Täuschungen
sind.

Nur eine konservative und frei-
heitliche Politik kann das garantie-
ren, wofür Antifa und Konsorten
vermeintlich stehen: den Schutz
vor Monopolisierung und dann fol-
genden Mißbrauch der Macht. Die
echten Antifaschisten sitzen hier
nicht in der Regierung, sondern in
der Opposition; wenn man das lin-
ke Auge zudrückt, vielleicht auch
in der SPD. Die Antifa verbreitet in
Wahrheit Angst und Schrecken, auf



**„Souverän ist, wer über den Aus-
nahmezustand entscheidet“ – Carl
Schmitt wußte Bescheid**

Lateinisch: Terror. Das werden Sie
aus der Geschichtsschreibung nicht
tilgen können, im Gegenteil, mit je-
dem Versuch, die Berliner ihrer ver-
fassungsmäßig garantierten Rechte
zu berauben, mit jeder linken Hetz-
jagd gegen Unschuldige, wird die
Schande, die sie über diese deutsche
Hauptstadt bringen, größer und
besser sichtbar. Die Antifa ist keine
Bedrohung für die AfD, sie ist eine
Bedrohung für unsere Demokratie,
für unseren Rechtsstaat.

Deshalb stimmen alle Demokraten
hier im Haus für diesen Antrag der
AfD-Fraktion. – Danke schön!
[Beifall bei der AfD]



Die „Antifa“ unterminiert die Demokratie, indem sie die Durchsetzung des Wähler- und Volkswillens verhindert

Plenarrede – Wir brauchen keine Integrationslots*innen

54. PLENUM, 20. FEBRUAR 2020

Rede zum R2G-Antrag „Berufliche Perspektiven für Integrationslots*innen – Qualifizierung durch die Verwaltungsakademie“

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Bevor ich zur Sache selbst spreche, will ich meine Verwunderung über den Sprachgebrauch der Antragsteller zum Ausdruck bringen. §184 Gerichtsverfassungsgesetz legt die Amtssprache in diesem Lande fest. Amtssprache ist danach hierzulande die deutsche Sprache, und die wird durch den Duden festgelegt. Zwar hat die Berliner Landesregierung im vorletzten Jahr den Versuch unternommen, beim Rat für deutsche Rechtschreibung das Binnen-I und das Gender-Sternchen einzuführen, wurde damit aber abgewiesen. Ausnahmen von der deutschen Amtssprache sind danach nur für die sorbische Minderheit in Brandenburg zulässig. Mir ist nicht bekannt, daß Frau Dr. Böcker-Giannini, Herr Taş, Frau Kappek oder andere antragstellende Par-



Multikulti und Gender: Sie sind eins

lamentarier der sorbischen Minderheit angehören. Bitte unterlassen Sie künftig bei Ihrem Schriftverkehr unverständliche Schreibweisen und Formulierungen, die der Ernsthaftigkeit Ihres Vorbringens abträglich sind.

Zur Sache selbst: Das deutsche Asylrecht billigt politisch verfolgten Männern und Frauen für die Dauer ihrer Verfolgung ein Bleiberecht in diesem Lande zu. Von Bleibe- oder Integrationsperspektive finde ich im Regelwerk unserer Gesetze nichts. Die dänische Regierung hat unlängst klargestellt, daß selbst ein bewilligter Asylantenstatus eben nicht eine Bleibe- und Integrationsperspektive bedeutet. Es gibt weder einen berechtigten Bedarf noch eine Notwendigkeit, Integration von Staats wegen zu fördern. Integration ist Bringpflicht für jene, die kurzzeitig oder länger unser Gastrecht in Anspruch nehmen. Diese Integration besteht in erster Linie in dem selbstständigen Erlernen der deutschen Sprache, der tatkräftigen Mitarbeit in unserer Wirtschaft und der Würdigung unserer Normen und insbesondere unserer Gesetze.

Wir brauchen keine Integrationslotsen und noch weniger eine Ausbildung dazu. Sie wollen fragwürdig Qualifizierten zu einem Abschluß ver-

helfen, mittels dessen man sich dauerhaft auf Kosten des Steuerzahlers in der Berliner Sozialindustrie festsetzen kann. Die Berliner und Berlinerinnen brauchen aber funktionierende Verwaltungen, Straßen und Wohnungen. Sie brauchen keine Beförderer für die Migration in die Sozialsysteme. Die Linken und die SPD versprechen sich hiervon neue Wählerpotenziale. Sie merken nicht, daß sie gleichzeitig ihre Stammwähler in eine innere Kündigung treiben. Die Grünen haben

*Sie wollen fragwürdig
Qualifizierte in der Berliner
Sozialindustrie festsetzen*

ohnein schon immer mit der islamischen Drohkulisse geliebäugelt und glauben, zunehmende islamische Volksgruppen stärkten ihre Position. Man hat gemeinsame, moralisch überhöhte Machtvisionen. Eines Tages wird das zu einem bösen Erwachen führen.

Sie, die Sie oft und gerne den Zusammenhalt der Gesellschaft im Munde führen, sind es, die hier spalten. Sie spalten Berlin, nämlich einerseits in die Gruppe derjenigen, die Steuern bezahlen und Ihre migrationspolitischen Experimente finanzieren, und diejenigen, die von multikulturellen Gesellschaften träumen. Das treibt die Menschen auseinander. Sie spalten Europa, und deswegen sind die Briten raus. – Danke schön!

[Vereinzelter Beifall bei der AfD]

Plenarrede – Aussteigerprogramm für Linksextremisten

54. PLENUM, 20. FEBRUAR 2020

Rede zum AfD-Antrag „[...] Einführung eines Aussteigerprogramms für Linksextremisten“

Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Präsidentin! Frau Tomiak! Der Wahnsinn aus Hanau hat mit Ihnen so wenig zu tun

wie mit der AfD. Linksextreme sind Feinde der Verfassung. Sie dürfen und müssen vom Verfassungsschutz beobachtet werden. Ihre Politik gehört isoliert, damit sich ihr zerstörerischer Einfluß nicht auf die Gesellschaft ausweiten kann. Das hat am Montag im Innenausschuß sogar der Grüne Benedikt Lux erkannt. Dennoch müssen

wir linken Verirrten die Hand reichen, wenn sie aufstehen wollen, um auf den

*Linksextreme sind
Feinde der Verfassung*

rechten Weg zurückzufinden und ihr Leben wieder in den Griff zu bekommen. Wir müssen sie zu diesem Schritt



ermuntern. Die politisch motivierte Kriminalität von links befindet sich seit Jahren auf hohem Niveau, Tendenz steigend. Es ist höchste Zeit, dagegen entschlossen, aber auch barmherzig vorzugehen. Die Rückkehr zur demokratischen Gesellschaft ist nicht mehr nur ein Randthema, sondern mittlerweile zur Zerreißprobe für die bundesdeutsche Politik geworden.

Wenn Sie, liebe Kollegen, Zustände wie in Thüringen verhindern wollen, dann müssen Sie sich gegen die Politik von links außen und links unten einsetzen. Der linke Rand hat durch die bundesweit koordinierte Bedrohung von Parteien und Politikern eine demokratische Wahl torpediert und versucht weiterhin, eine real existierende bürgerliche Mehrheit durch einen real existierenden Sozialismus zu ersetzen. In dieser Art von Sozialismus hätte die Anti-

fa die Oberhand. Das sind die, die durch anhaltend hohe politisch motivierte Kriminalität auffallen. Von den 52 politisch motivierten Brandstiftungen im Jahr 2019 wird von der Polizei eine Rechtsextremisten zugeordnet, eine einer sogenannten ausländischen Ideologie, und raten Sie mal, wie viele den Linken! – 50.

Passend zum Aussteigerprogramm für den Linksextremismus gibt es auch ein Aussteigerprogramm für die linkslastige CDU, die durch eine Staatspolitik, die selbst Machiavelli hinterfragen würde, den sozialistisch sozialisierten Extremisten in die vorgebliche Mitte der Gesellschaft gestellt hat. Die Werteunion ist ein Aussteigerprogramm für sich von der Extremismusförderung abwendende Konservative, denn nicht deren Ausschluß aus der CDU sollte zur Debatte stehen, sondern die Verfassungstreue

all derer, die sich innerhalb der CDU von der Werteunion distanzieren. Nicht umsonst rechnen 48 Prozent der wahlberechtigten Deutschen mit einer Regierungsbeteiligung der AfD innerhalb der nächsten zehn Jahre.

[Zuruf von Christian Gräff (CDU)]

Der deutsche Michel ist offenbar pfffiger als die politische Hautevolee. Steigen Sie aus, besser heute als morgen, und geben Sie dem Antrag der AfD-Fraktion Ihre Stimme! – Schönen Dank!

[Vereinzelter Beifall bei der AfD – Zuruf von Kurt Wansner (CDU)]



Wie komm' ich da nur wieder raus? Die AfD hat einen Vorschlag

Zurückweisung linker Verleumdungen im Parlament

54. PLENUM, 20. FEBRUAR 2020

Persönliche Bemerkung zu einem persönlichen Angriff durch den SPD-Abgeordneten Buchner

Dennis Buchner (SPD):

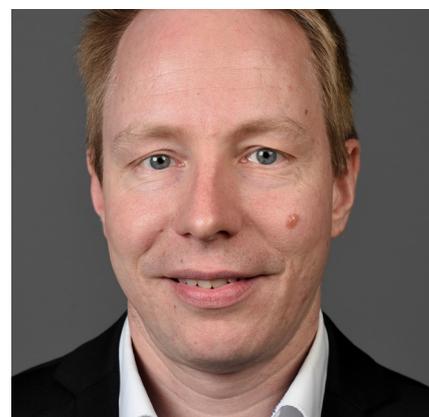
Vielen Dank, Frau Präsidentin! – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch wenn die AfD ausnahmsweise nicht den größten Scharfmacher nach vorne geschickt hat, wird wieder deutlich: Auch mit diesem Antrag geht es nur darum, Haß, Rassismus, Menschenfeindlichkeit in diese Gesellschaft zu tragen. [...] wie Sie in Ihren Allmachphantasien [...] Gesellschaft, in der die Menschen Angst haben sollen – Angst, vor die Tür zu gehen, Angst, sich im öffentlichen Nahverkehr zu bewegen und eben auch Angst, zu Fußballspielen zu gehen. [...] Ihre rassistische Antragsbegründung zeigt auch, daß es gerade auch das Erstarken einer rechtsextremen Partei ist, das die Gesellschaft

gewalttätiger macht. Die rechtsterroristischen Attentate von Halle und Hanau, Anschläge auf Politikerinnen und Politiker zeigen: Die Saat des Hasses, die Sie säen, geht auf! Herzlichen Glückwunsch sozusagen an Sie hierfür! Wir als Demokratinnen und Demokraten [...] – [...] dafür sorgen, [...] daß Schlagzeilen über Gewaltverfälle, über Rassismusvorwürfe und Homophobie und was es auf Fußballplätzen so alles gibt, künftig der Vergangenheit angehören. – Vielen Dank.

Persönliche Bemerkung von Andreas Wild:

Schönen Dank, Herr Präsident! – Sehr geehrte Kollegen! Herr Buchholz! Ich bin Mitglied der AfD, die AfD ist eine Mitte-Rechts Partei. Wir erleben es schon seit geraumer Zeit, daß wir zunächst Rechtspopulisten genannt werden, dann Rechtsradikale – Herr Buchner! Nicht Herr Buchholz! – Aus den Rechtsradikalen wer-

den jetzt plötzlich Rechtsextremisten und eben gerade wurden wir in die Nähe von Terroristen gerückt. Ihre Angst muß sehr groß sein, wenn Sie alles, was rechts der Mitte ist, in die terroristische Ecke stellen. Sie werden es bei den nächsten Wahlen erleben! Das wir der Wähler nicht belohnen, Schämen Sie sich!



Dennis Buchner (SPD): Seine Argumente erweisen sich als unparlamentarisch und kontrafaktisch

Plenarrede – Müllers Grundeinkommen ist unsolidarisch

55. PLENUM, 5. MÄRZ 2020

Rede zum CDU-Antrag „[...] statt Müllers ‚Solidarisches Grundeinkommen‘“

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Das Teilhabechancengesetz hat eine gewisse Berechtigung, da Arbeitsplätze auf dem normalen Arbeitsmarkt gefördert werden, die Unternehmen mit richtigen Jobs anbieten. Ein Unternehmer kann also Jobs anbieten, die in einer Übergangszeit weniger einbringen müssen, als die Lohnkosten und die Kosten des Arbeitsplatzes zu Buche schlagen, immer in der Hoffnung, daß zum Anschluß der Arbeitnehmer so weit ist, einen nicht geförderten Arbeitsplatz ausfüllen zu können, oder zumindest während der Zeit der Förderung Teil des Arbeitskollektivs ist und er sich auch so fühlen kann. Die Kosten, die er für die Gemeinschaft durch eine Arbeitslosigkeit hervorrufen würde, wären ebenso hoch oder höher. Der Vorteil liegt also in der Aufnahme des Langzeitarbeitslosen in die Gemeinschaft derer, die durch harte Arbeit ihr tägliches Brot verdienen.

Hiermit erfüllt das Förderwerkzeug eine soziale Bindewirkung. Im Gegensatz zu den Beteuerungen des Hubertus Heil ist das Bundesteilhabegesetz natürlich ein erweiterter Eingliederungszuschuß mit längeren

und höheren Fördermöglichkeiten. Das ficht das Instrument aber nicht an. Wir dürfen uns allerdings keine Illusionen über die Wirkfähigkeit eines solchen Instrumentes machen. Wer lange Jahre nicht auf dem Arbeitsmarkt oder in der Kindererziehung sein Scherflein zum gesamtgesellschaftlichen Wachsen und Gedeihen geliefert hat, wird es schwer haben, auch mit abgesenkten Leistungsanforderungen zurechtzukommen. Für Arbeitgeber ergibt sich allerdings die Situation, mit der Flankierung eines Lohnkostenzuschusses eher Beschäftigungsverpflichtungen verantworten zu können.

Im Unterschied zum Teilhabegesetz können Sie beim sogenannten Solidarischen Grundeinkommen nur gesellschaftlich relevante Tätigkeiten fördern. Gesellschaftlich relevant sind für die Linken und Grünen das, was den Charme des Überflüssigen hat. Lustigerweise wird aber genau das von den Steuern und Abgaben der Jobs bezahlt, die in der richtigen Welt stattfinden. Das Solidarische Grundeinkommen ist also gar nicht solidarisch. Grundeinkommen klingt so, als würde man wenigstens die Grundbedürfnisse damit erfüllen können. Die Bedürfnisse sind aber von den familiären Verhältnissen abhängig, im Harz-IV-Jargon: der Bedarfsgemeinschaft – oder in der normalen Sprache: der Familie. Mit

12,50 Euro in der Stunde erreichen Sie 1.479 Euro netto und, wenn Sie eine Familie davon ernähren müssen, tatsächlich den prekären Bereich, in Teilzeit ohnehin. Das Solidarische Grundeinkommen ist also auch kein Grundeinkommen, sondern ein Almosen für überflüssige Arbeit.

Das kann man übrigens von der von vielen im Saal geschmähten Zeitarbeit nicht sagen. Ein Handwerker, der 15 Euro verdient, oder ein Krankenpfleger mit 23 Euro in der Stunde werden im Unterschied zum Grundeinkommensbezieher wirklich gebraucht und in der Regel vernünftig bezahlt. Trotzdem werden Sie nicht müde, von prekärer Leiharbeit zu sprechen.

Das Solidarische Grundeinkommen ist also weder solidarisch noch ein Grundeinkommen. Es nützt weder den Bürgern noch der Solidargemeinschaft. Es nützt nur einem: Michael Müller. – Danke schön!



Das Grundeinkommen nützt nur einem: Dem Regierenden Bürgermeister Müller. Dem Politiker mit dem Charisma einer Staubflocke

Plenarrede – Es geht Ihnen um den Verkehrsinfarkt

55. PLENUM, 5. MÄRZ 2020

Rede zum R2G-Antrag „Beteiligung ... am europaweiten autofreien Tag – Einführung eines fahrscheinlosen Tages im ÖPNV“

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Als 1963 geborener kann ich mich an die autofreien Tage in Folge der Ölkrise erinnern. Im Unterschied zu den Plänen der rot-mauerrot-grünen Wolkenkucksregierung fanden die autofreien Tage an Sonntagen statt. Fällt Ihnen etwas auf? Sonntags arbeitet die Mehrheit in Deutschland

nicht. Ein autofreier Dienstag paßt in das Schema von Fridays for Future. Ohne Auto kann manche Mutter nicht einkaufen und fast alle Handwerker können nicht arbeiten. Ausfälle an Arbeitstagen müssen auf einzelne Feier und Trauertage beschränken. Jeder Ausfall läßt unsere



Wirtschaft zur Ader.

Die kostenlose Beförderung im Netz der BVG führt zu einem Schaden durch Mindereinnahmen von 1,22 Millionen Euro, welche der Berliner zu schultern hat. Zur Erläuterung für die Sorgenfreien hier in diesem Hause: Für 1,22 Millionen Euro müssen zehn Arbeiter sieben Jahre lang arbeiten.

Glauben Sie, daß ein Tag BVG-Freifahrt zu nachhaltigen Verhaltensänderungen führen wird? Das kommunistische Albanien hatte diese Errungenschaft schon in den 70er Jahren, Luxemburg hat sie seit ein paar Tagen. Albanien war allerdings ein kommunistisches Gemeinwesen, Luxemburg hat im Unterschied zu Berlin üppige Finanzmittel. Luxemburg ist das einzige Land in der EU, das keine Staatsschulden hat. Sie stimmen mir sicher zu, Berlin steht dank seiner wirtschaftlichen Verfassung nach jahrzehntelanger linker Regierung eher neben Albanien als neben Luxemburg. Im Fall von Berlin fragt sich: Wer soll das bezahlen?

Dieser Antrag sieht so aus, als ob er

von einem Grünen geschrieben, von den linken Funktionären kritisch beäugt und als planwirtschaftlich genug befunden, sowie von der SPD aus Koalitionsgründen abgenickt wurde. Der Linke und Grüne will sich des Lohns der fleißigen Arbeiter, des Gehalts von Angestellten und der Einnahmen von Unternehmen durch hohe Steuern bemächtigen und davon seine sozial-utopischen Projekte finanzieren. Er schöpft selbst keine Werte, denn das sollen andere für ihn machen – im Gegenteil: Was er auch anfaßt, Verkehr, Bildung, Familienpolitik, er hinterläßt ein dysfunktionales System von Planung und Freiheitseinschränkungen.

Ein autofreier Kurfürstendamm ist doch eine ziemlich eigenartige Idee. *Zuruf von Daniel Buchholz (SPD)* Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, daß es Ihnen eigentlich um den Verkehrsinfarkt geht. Deshalb werden im Berliner Osten keine U-Bahnen gebaut, deshalb werden Straßen verengt und Parkplätze gestrichen.

So wie die Antifa durch Brände in

Kabelkanälen die S-Bahn lahmlegt, legt Rot-Mauerrot-Grün den Verkehr lahm, nach dem Motto: „Alle Räder stehen still, wenn Dein starker Arm es will.“ – Damit war aber eigentlich nicht die Regierung gemeint.

Lachen bei den LINKEN

Der Gedanke kostenloser öffentlicher Verkehrsmittel hat auch in Berlin einen gewissen Reiz. So wie Freibier einen gewissen Reiz hat. Aber wo kann man dauerhaft mit Freibier eine Wirtschaft betreiben?

Danke!



Und schließlich geht das Geld aus: „The Problem with Socialism is that you eventually run out of other people’s money.“ – Margaret Thatcher

Plenarrede – Corona: Wie lange noch?

56. PLENUM, 26. MÄRZ 2020

Rede bei der Aussprache zur Corona-Krise – dem einzigen Tagesordnungspunkt für Redebeiträge

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich befinde mich im Zwiespalt. Einerseits muß die Wirtschaft weiterlaufen, andererseits muß Corona kontrollierbar bleiben. Es kann sein, daß wir erst am Anfang einer rasanten Ausbreitung des Virus stehen und die Zahl der Schwererkrankten in Berlin in den nächsten Tagen und Wochen dramatisch zunehmen und die Intensivmedizin an ihre Grenzen geraten wird.

Insofern ist die Eindämmungs-

strategie im derzeitigen Stadium vernünftig. Kurzarbeitergeld ist gut, wir dürfen die vielen Kleinunternehmer, Selbstständigen und Künstler nicht vergessen. Um unsere Alten zu schützen, müssen wir diese zu Hause versorgen. Schutz im Altersheim kann nur Abschottung bedeuten. Besucherstopp und inwohnende Pflegekräfte sind anzuordnen.

Wir müssen uns im Klaren sein, daß aller Aufschub keine Lösung ist. Nur die Zunahme der Immunität ist eine Lösung.

Wenn die Bundesregierung die in der Bundestagsdrucksache 17/12051 gespenstisch vorgezeichnete Krise nicht ernst genommen hat und es verabsäumt, für 1 Milliarde Euro



Erfahren Sie mehr über die Hintergründe im TREND-Magazin

ausreichend Beatmungsgeräte anzuschaffen und primitivste Atemschutzmasken einzulagern, ist das sehr bedauerlich, im Moment aber nicht zu ändern.

Warum haben wir auch einen Bankkaufmann als Gesundheitsminister, eine Politikwissenschaftlerin als Verteidigungsminister und eine FDJ-Mitläuferin als Kanzler?

Die Lebensmittelversorgung, hört man landauf, landab, sei sichergestellt. Wie lange? – Über erste Ausfälle in der Lieferkette wird bereits berichtet. In unserer komplexen Welt erscheint beim Ausfall wesentlicher Wirtschaftsbereiche eine Störung der Versorgungsstruktur wahrscheinlich, wenn der Gabelstapler nicht repariert werden kann, Ersatzteile für Erntemaschinen feh-

len oder Verpackungsmaterialien ausgehen. Ein mehrwöchiger Shutdown der Wirtschaft ist unverantwortlich; insofern darf es die gegenwärtigen Freiheitseinschränkungen nur so lange geben, bis die schlimmsten Versäumnisse der Bundesregierung aufgearbeitet sind, bis die Produktion von Beatmungsgeräten sichergestellt ist, Schutzanzüge und Schutzmasken in ausreichender Zahl vorhanden sind.

Dann muß die Wirtschaft wieder anrollen. Die Läden und Lokale sind dann, möglicherweise mit Einschränkungen, wieder zu öffnen. Wir dürfen nicht riskieren, durch Konkurse von Unternehmen der Versorgung, der Zulieferindustrie und des Bauwesens unersetzliches Know-how zu verlieren. Nach dieser

Krise wird vieles nicht mehr so sein, wie es war.

Die gigantische Verschuldungsblase wird geplatzt sein, der Euro Geschichte und die Bundesgrenze wieder ein Schutz der Staatsbürger. Wir werden auf den von den Kartellparteien verursachten Ruinen die Festung der freiheitlich demokratischen Grundordnung wieder aufbauen. In den Bereichen Bildung, Energie, Demographie, Verteidigung werden wir Deutschland wieder vom Kopf auf die Füße stellen. Die verantwortungslosen Politikerkasten werden dann nicht mehr auf dem Kutschbock sitzen. – Bleiben Sie gesund, wir schaffen das!

9 Zwischenrufe aus SPD, Linken, Grünen, CDU: Innewohnend!, Ah!, Ah! Mann!, Oh, nee!, Lachen, Pfui!

Plenarrede – Corona: Geht es nur um Schlagzeilen?

57. PLENUM, 2. APRIL 2020

Rede zur aktuellen Stunde „Wirtschaftliche und sonstige finanzielle Hilfe in der Corona-Krise“

Sehr geehrter Herr Präsident!
Sehr geehrte Damen und Herren!
Was hilft?

Hält eine Gesichtsmaske hoch

Wenn Sie eine solche Maske tragen, soll das helfen, sagen manche. Andere sagen, die Maske sei schnell durchfeuchtet, und dann würde der Luftstrom überwiegend an den Spalten zwischen Gesicht und Maske ausströmen. Da das Volumen verringert wird, erhöht sich die Geschwindigkeit des Luftstroms. Bei etwa 100 Liter pro Minute, das ist der Luftstrom eines Menschen, erhöht sich die Weite, mit der die Tröpfchen weggeschleudert werden. Die Maske bringt also nicht so wahnsinnig viel. Was gegen die Verunsicherung der Bevölkerung hülfe, wären nicht nur finanzielle Hilfen, nein, ein Diskurs über die



Streck und Drost in einer Diskussionsrunde? Würde uns weiterbringen

verschiedenen Wege. Es gibt Aussagen ernstzunehmender Ärzte wie Prof. Dr. Hockertz, der emeritierte Dr. Bhakdi oder Prof. Dr. Lohse, welche die derzeit angeordneten Maßnahmen sowohl in Zweifel ziehen als auch zu einer Rückkehr zur Besonnenheit mahnen. Ein Diskurs findet darüber in Deutschland aber nicht mehr statt.

Regina Kittler (LINKE): Sowieso nicht!

Warum gibt es keinen Diskurs, wenn das wirtschaftliche Überleben großer Bevölkerungsanteile auf dem Spiel steht? – Die Gefahr be-

steht, daß die Bevölkerung zu dem Ergebnis kommen könnte, die Maßnahmen seien überschießend und eher schädlich für das Land. Helfen würden seriöse Informationen der Bevölkerung durch die Presse und die Politik.

Deutschland ist ein großes Land und das Virus mit großer Wahrscheinlichkeit unbemerkt schon recht verbreitet. Täglich sterben durchschnittlich um die 2.500 Menschen in Deutschland, in der Grippesaison deutlich mehr. Wäre es nicht merkwürdig, wenn nicht immer mehr von den Verstorbenen



positiv auf das Virus getestet werden können? Jeder kennt die Bilder der langen Sargreihen, welche die Krise von Bergamo illustrierten. Ein Teil der Bilder sind zwar aus Italien, aber nicht aus Bergamo. In den Särgen liegen im Mittelmeer ertrunkene Migranten, die Bilder stammen aus 2013.

Silke Gebel (GRÜNE): Das kann ja wohl nicht wahr sein! – Zurufe von der LINKEN

Abschließend möchte ich noch ein ganz besonders krasses Beispiel der Falschinformation nennen. Am 23.03. starb in Paris die erst Sech-

zehnjährige Julie Alliot, am 27.03. wurde die Nachricht in Frankreich verbreitet, am 28. in Deutschland, sie sei das erste jugendliche Todes-

Neue Altparteienstrategie: Realitätsverleugnung durch Zwischenrufe

opfer dort, das an den Folgen einer Covid-19-Erkrankung starb. Was war geschehen? Julie war eigentlich gesund, begab sich aber wegen eines mehrtägigen Hustens in medizinische Betreuung. Es wurden drei Coronatests gemacht, zwei waren nega-

tiv, ein dritter positiv. Aus einem bis jetzt nicht klarem Grunde entschloß man sich, Julie zu intubieren. Beim Intubieren starb das Mädchen. Am Intubieren starb das Mädchen, möglicherweise ein Kunstfehler.

Zuruf von Stefan Evers (CDU)

Aber sicher ist Julie nicht das erste gesunde, junge Opfer von Corona. Julie ist das Opfer einer mißglückten Intubation.

Geht es angesichts der Panik im Land um Aufklärung oder um Schlagzeilen? – Danke schön!

Maik Penn (CDU): Ihre Rede war keine Schlagzeile wert!

Plenarrede – Mehr Geld bei Kurzarbeit

57. PLENUM, 2. APRIL 2020

Rede zum FDP-Antrag „Kurzarbeitergeld für Geringverdiener aufstocken“

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, aber bei sehr vielen Menschen, die als Arbeitnehmer ihr Leben bestreiten, bleibt am Monatsende wenig bis gar nichts auf dem Konto übrig – und nun auch noch unter dem Stichwort Coronavirus die herrschende Krise, die auch unsere Stadt hart trifft. Wer am Ende dieser Krise bezahlen muß, das sind die Lohnabhängigen der unteren und mittleren Einkommensklassen. Die Arbeiter und Angestellten, die schon vor der Coronakrise am Ende des Monats wenig übrig hatten, laufen Gefahr, nicht mehr über die Runden zu kommen. Aber wie sollen sie bei anhaltender Kurzarbeit oder Arbeitslosigkeit mit 60 Prozent ihrer Bezüge auskommen? Viele Kurzarbeiter bezahlen übrigens kaum Steuern. Hier ist eine schnelle Hilfe auf unbürokratische Weise das Gebot der Stunde.

Für die Berliner Arbeitnehmer, die bis 2.500 Euro monatlich verdienen

und in diese Notlage geraten, hat die FDP nun einen Zuschlag von 20 Prozent angeregt. Dieser sollte vom Land Berlin aufgebracht werden. Während in früheren Krisen Unternehmen in der Lage waren, die Zeiträume und das Ausmaß der nötigen Kurzarbeit

Kurzarbeitergeld ist gut. Ein zügiges Ende des Shutdown ist besser.

abzuschätzen, herrscht durch den Open-End-Shutdown große wirtschaftliche Unsicherheit. Da muß jede Unternehmung auf ausreichend Solvenz achten. Wir können deshalb nicht damit rechnen, daß viele Arbeitgeber selbst das Kurzarbeitergeld aufstocken werden. Ich unterstütze daher den FDP-Antrag für die 20 Prozent Zuschlag zum Kurzarbeitergeld.

Der Antrag erinnert an die große sozialliberale Zeit unter Willy Brandt, nicht nur im Bund, sondern auch hier im Abgeordnetenhaus, von 1963 bis 1967. Obwohl Brandt 1963 bei den Berliner Abgeordnetenhauswahlen 62 Prozent der Stimmen auf sich und seine Partei vereint hatte, ging er eine Koalition mit der FDP ein. Grund dafür war deren Fachkennt-

nis und Bürgernähe, die unzweifelhaft auch aus Anträgen wie diesem hier spricht. Liebe SPD! Springen Sie über Ihren Schatten und stimmen Sie für diesen Antrag. Er steht für eine Politik, die Ihrer Tradition in den besten Zeiten und dem Wesenskern der SPD entspricht.

Zuruf von Sven Kohlmeier (SPD)

Rein technisch wäre die Aufstockung kein Problem. Ich würde das allerdings anders machen, als es die FDP vorschlägt. Die Unternehmen könnten das aufgestockte Kurzarbeitergeld einfach auszahlen und dem Land in Rechnung stellen. Das würde dann auch für Brandenburger Arbeitnehmer gelten. Das aufgestockte Kurzarbeitergeld ist gut. Ein zügiges Ende des Shutdown ist besser. – Danke schön!

Sonntag	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Samstag
29	30	31	1	2	3	4
5	6	7	8	9	10	11
12	13	14	15	16	17	18
19	20	21	22	23	24	25
26	27	28	29	30	1	2

Gute Idee von der FDP: Aufstockung von Kurzarbeitergeld

Der ehemalige CIA-Mitarbeiter Edward Snowden warnt davor, daß Regierungen in aller Welt das Virus dazu nutzen, eine „Architektur der Unterdrückung“ zu errichten. Tatsächlich wurden in Österreich und Deutschland beispielsweise in mehreren Städten Überwachungsdrohnen eingesetzt, um sicherzustellen, daß sich Bürger an die angeordneten Ausgangsbeschränkungen und Kontaktverbote halten.

Die Pläne der Bundesregierung, Positionsdaten von Handys zur Seuchenkontrolle – eine Maßnahme, die viele Fachleute für nicht nutzbringend halten – und die Bereitschaft vieler Mobilfunkanbieter, die Daten ihrer Kunden an die Regierung weiterzuleiten, könnte für diese Entwicklung sprechen. Wer es kann, der könnte im Windschatten von Corona seine Kompetenzen und seine Macht zunächst für die Zeit der Krise ausbauen, möglicherweise nicht ohne bereits auf die Fortführung dieser Maßnahmen danach zu schielen.

Mit besonderer Besorgnis sieht Snowden, daß Regierungen die in der Krise gesammelten Daten behalten und auch für andere Zwecke nutzen könnten. Beispielsweise könnten die Daten für die Erforschung des Verhaltens der Bürger und deren Gehorsamkeit mißbraucht werden. Es könnte auch eine kontinuierliche Weiterführung der Überwachungs- und Kontrollpraxis drohen, schließlich wurden



Die Einschränkungen für die Bürger in der Corona-Krise werden immer strikter: Nun ist es laut Polizei sogar verboten, sich in den Parks auf die Wiese zu setzen und die Sonne zu genießen. Auf welcher Grundlage das untersagt sein soll, ist jedoch unklar.

In vielen Städten soll das Verweilen an öffentlichen Plätzen verboten sein – so auch in Frankfurt. Verfassungsrechtliche Grundlage?

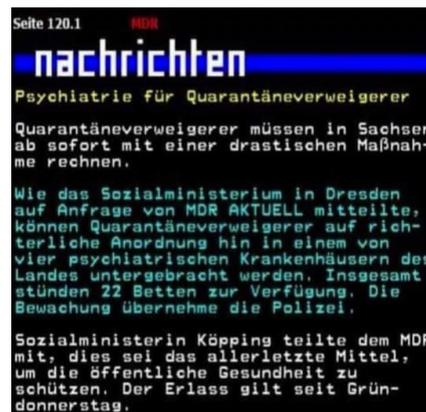
die Völker bereits daran gewöhnt. Die Kombination von Daten mit Hilfe von künstlicher Intelligenz könnte eine weitere ernstzunehmende Gefahr für die bürgerliche Freiheit und Unabhängigkeit darstellen.

In der bereits 2010 veröffentlichten Studie „Scenarios for the Future of Technology and International Development“ der Rockefeller Foundation werden alle diese Entwicklungen im Szenario „Lock Step“ (Gleichschritt) vorgezeichnet: Ausgehend von einer Pandemie, die 8 Millionen Menschen in sieben Monaten das Leben kosten würde – zum Vergleich: Bei Corona sind es laut der 1916 gegründeten

Beim Sonnenbaden bildet der Körper das immunstärkende Vitamin D1

Johns-Hopkins-Universität nach ca. 5 Monaten knapp 130.000 gestorben – könnte „eine Welt mit strengerer Regierungskontrolle von oben nach unten und einer autoritären Führung, mit begrenzter Innovation und zunehmender Gegenwehr der Bürger“ entstehen. Weiter heißt es: „Während der Pandemie weiteten Staats- und Regierungschefs rund um die Welt ihre Autorität aus [...] Selbst nachdem die Pandemie abebbte, blieben die starken autoritären Kontrollen und die Beaufsichtigung der Bürger und ihrer Aktivitäten bestehen und wurden sogar noch intensiviert. Um besseren Schutz vor den zusehends globaleren Problemen bieten zu können [...] nahmen rund um den Globus die Anführer das Zepter fester in die Hand.“

Der bei einigen kritischen Geistern aufkommende Verdacht, Corona würde nur als Vorwand genutzt, um dieses Szenario greifen zu lassen, scheint nicht völlig ausgeschlossen. Die Prozesse, die sich jetzt in der Realität beobachten lassen, könnten geplant sein.



Zweifler in die Psychiatrie – das gib't doch nur in einer Diktatur!

Manche bezweifeln, daß der Schutz der Staatsbürger dabei oberste Priorität hat. Beispielsweise wird an vielen Orten das Sonnenbaden verboten, obwohl es nachweislich einen positiven Effekt auf das Wohlbefinden und das Immunsystem hat.

Die Heidelberger Rechtsanwältin Beate Bahner reichte im Eilverfahren eine Verfassungsklage gegen die Coronaverordnungen in Karlsruhe ein und wurde mit einer Ablehnung und einer nur dreieinhalb Seiten langen Begründung abgespeist. Ein Blick ins Grundgesetz hat sie scheinbar zu Artikel 20, dem Widerstandsrecht, geführt: Sie rief zu einer bundesweiten Anti-„Corona“-Demonstration auf und erklärte die Coronamaßnahmen für beendet. Am Ostersonntag wurde sie unter Zwang in eine Psychiatrie verbracht. Ob dabei alles mit rechten Dingen zugeht, ist zumindest fraglich, kann aber zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht abschließend juristisch geklärt werden. Die Aufarbeitung des Corona-Syndroms verspricht spannend zu werden. AK

Impressum

Adresse: Andreas Wild MdA
Jungfernstieg 4 b
12207 Berlin

Telefon: 030-209677555

Email: wild@wild-agh.de